

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1865**

20.6.1865 (No. 143)

# Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 20. Juni.

N. 143.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 3 kr. u. 2 fl. 2 kr.  
Einkaufspreise: die gepaltene Zeitungs- oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.  
Expedition: Karl-Friedrich-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1865.

## Bulletins

über das Befinden Ihrer königlichen Hoheit der Frau Großherzogin Luise.

Baden, den 18. Juni.

Das Befinden Ihrer königlichen Hoheit der Frau Großherzogin und des Prinzen während des gestrigen Tages und in der verflochtenen Nacht berechtigten zu der frohen Hoffnung, es werde der bisherige höchst erfreuliche Zustand fortauern.  
Dr. Buchegger.  
Dr. Schrödel.  
Dr. Lange.

Baden, den 19. Juni.

Die gestern ausgesprochene Hoffnung, daß das erfreuliche Befinden Ihrer königlichen Hoheit der Frau Großherzogin und des Prinzen fortauern werde, hat sich bis jetzt vollkommen erfüllt, indem der gestrige Tag und die letzte Nacht in erwünschter Weise vorübergingen.  
Dr. Buchegger.  
Dr. Schrödel.  
Dr. Lange.

## Deutschland.

**Frankfurt, 17. Juni.** Die Bundesversammlung nahm heute nach vierwöchentlicher Pause ihre Sitzungen wieder auf. Es erfolgten zunächst mehrere Anzeigen, so von England über die Aushebung der Anerkennung der südafrikanischen Flagge; von Rußland wurde das Ableben des Thronfolgers notifiziert, und von Kurhessen die Einführung des deutschen Handelsgesetzbuches seit dem 3. Mai l. J. Das Präsidium gab eine Darstellung über die Finanzlage der Gesellschaft für Erforschung von Deutschlands älterer Geschichtskunde. Oldenburg ließ seine mehrerwähnten Wiener Altentstücke als Nachtrag zu seiner am 3. Nov. v. J. übergebenen Begründungsschrift überreichen. — Hierauf wurde die Beschwerdefache des Grafen Erbach-Erbach im Sinne des Ausschusses zur Vollziehung des Art. 14 der Bundesakte erledigt, indem dessen ablehnende Anträge pr. majora angenommen wurden. Es erfolgten Mittheilungen über die Theilnahme verschiedener Bundesstruppen an Mandern, und schließlich die Vorlage verschiedener Privatreklamationen, darunter eine neue des Hrn. v. Preußen auf Liebenstein. — Die 16. Stimme ging von Waldeck auf Homburg über.

**Gotha, 16. Juni.** Aus Anlaß des 50jährigen Jahrestags der Schlacht bei Waterloo brachte heute der Abg. Schwenk mit 6 Gen. im Landtag den Antrag ein: Derselbe möge dem herzogl. Staatsregiment um eine baldige Vorlage ersuchen, wonach den Waidwigen und Bedürftigen der in unserm Lande noch lebenden Veteranen aus der Zeit der Befreiungskriege eine angemessene Pension auf Lebenszeit bewilligt werden könne.

**Schternin, 14. Juni.** (Volks-Zig.) Der Magistrat der Stadt Rostock ist von dem Minister des Innern, v. Derzen, in der Nationalvereins-Angelegenheit auf 3 Tage verwahrt worden, widrigenfalls die Exekutionstruppen bei dem Bürgermeister, Dr. Jaitrow, eingelegt werden. Die Verwarnungsrath läuft am nächsten Freitag ab. Der Lehnstafel, Ranzleirath Rues hat in dieser Sache als großh. Kommissär zu fungiren und die Exekutionsmassregeln durchzuführen.

**Kiel, 15. Juni.** Laut eingetrossener Ordre hat die 3. Kompanie des preussischen Seebataillons in Danzig Befehl erhalten, sich auf der Korvette „Wineta“ nach Friedrichs-ort einzuschiffen.

**Berlin, 17. Juni.** Verhandlungen des Herrenhauses vom 16. Juni. (Budgetdebatte.)

Der wichtigste Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der Budgetkommission über das Staatshaushalts-Gesetz für das l. J. Aufser den bereits mitgetheilten Anträgen (s. „Kärter. Zig.“ Nr. 142) liegen noch folgende Anträge vor:

- Das Herrenhaus wolle beschließen:
- 1) Die l. Staatsregierung zu ersuchen, das im Art. 85 der Verf.-Art. vorbehaltene Geleit wegen Festsetzung der Höhe der den Mitgliedern des Abgeordnetenhauses bewilligten Diäten und Reisekosten anderweit vorzulegen;
  - 2) der l. Staatsregierung seine Bereitwilligkeit zu erklären, einer entsprechenden Anleihe zum Zweck der Vergrößerung der Kriegsmarine seine Zustimmung zu ertheilen.
- Zu dem letzten Antrag hat Graf v. Arnim-Boitzenburg folgende Resolution als Zusatz vorgeschlagen: „Das Herrenhaus wolle beschließen:
- Zu Erwägung, daß die volle Ausbildung der deutschen Wehrkraft zur See nur durch die dauernde Sicherstellung ihrer Hülfquellen, die Bürgschaft gegen die Erneuerungen kriegerischer Verwicklungen in den Ostseegewässern, sowie die Sicherheit Preußens selbst an seinen nordwestlichen Grenzen aber nur durch einen engen Anschluß jener Landeshälfte an Preußen zu erreichen ist — ohne deßhalb die Selbstständigkeit eigener Verwaltung in den Herzogthümern und die Berücksichtigung ihrer eigenthümlichen Verhältnisse und Bedürfnisse zu beeinträchtigen —, erkennt das Herrenhaus die Forderungen, welche die

l. Staatsregierung in ihrer Depesche vom 22. Febr. d. J. für die Lösung der Schleswig-Holsteinischen Verhältnisse gestellt hat, als vollberechtigt an, und spricht die Ueberzeugung aus, daß das Land in der energischen Verfolgung der in vorstehender Erwägung bezeichneten Ziele der Regierung Sr. Maj. des Königs freudig zur Seite steht.“

Nach einigen Worten des Berichterstatters v. Rabe erhält das Wort Dr. Leo. Derselbe entwickelt seine Ansichten über Souveränität und meint, der budgetlose Zustand würde uns nichts schaden.

Hr. G. v. Ritterberg erklärt sich für die Kommissionsanträge. Damit schließt die allgemeine Debatte.

Der Antrag der Kommission auf Vorlegung eines Gesetzes über Festsetzung der Höhe von Diäten und Reisekosten der Abgeordneten wird ohne Debatte angenommen.

Es folgt der Antrag auf Zustimmung des Hauses zu der Marineanleihe. Nach einer kurzen Rede des Grafen v. Arnim-Boitzenburg wird der Kommissionsantrag angenommen.

Die Hh. Bauerband, v. Bernuth und Blömer erklären, sich der Abstimmung enthalten zu wollen, ebenso Dr. Geyer in seiner Eigenschaft als Kronsyndikus. Die Resolution wird mit allen gegen etwa 6 Stimmen angenommen.

Die Schlussanträge der Kommission werden von den Hh. v. Kröcher, v. Meibing, Graf Ritterberg, v. Arnim-Boitzenburg vertheidigt; Dr. Blömer ist für Annahme des Budgets. Zum Schluß der Debatte nahm das Wort:

Der Finanzminister v. Bodelschwingh: Die Regierung sieht die Budgetfrage als eine sehr ernste an, weil sie weiß, daß diese Frage immer hervorgehoben wird, um die Macht der Krone zu schwächen. Es ist hier vorgeschlagen worden, das Budget, wie es im Abgeordnetenhaus festgestellt worden, anzunehmen und so dem budgetlosen Zustand ein Ende zu machen; aber meine Herren, wer das glaubt, der muß notwendig auch unsere Zustimmung zu einem solchen Budget voraussetzen, und die kann die Regierung unmöglich geben, weil sie damit anerkennen würde, daß die Reorganisation der Armee rückgängig gemacht werde und weil sie dann auch sonst eine Masse nothwendiger Bedürfnisse unberücksichtigt lassen müßte. Die Regierung kann in den ablehnenden Beschlüssen dieses Hauses nur eine wesentliche Stütze und Förderung auf denjenigen Wegen erblicken, die sie bisher eingeschlagen hat und ferner einzuschlagen gedenkt. Sie freut sich, dem hohen Hause dafür ihren Dank auszusprechen zu können. Was den dritten Antrag der Kommission anbelangt, so wird die Regierung allerdings sich eine Norm machen müssen, wie die Verwaltung fortzuführen ist. Ein Etatgesetz fehlt ihr, aber sie kann unmöglich ohne Etat regiren. Verwaltungsbudget hat sie auch in der sogenannten budgetlosen Zeit machen müssen. Ueber die Frage, wie diese Norm aufzustellen, hat sich das Staatsministerium schlüssig machen müssen; es ist also nicht nach dem Belieben des Ressortchefs, sondern nach diesem Beschluß des Staatsministeriums verfahren worden, nachdem derselbe die Genehmigung des Königs erhalten hatte. Nun wird also nach dem Kommissionsantrag gewünscht, daß die Regierung, wenn sie einen solchen Beschluß des Staatsministeriums herbeiführt hat, wenn die einzelnen Verwaltungsbudgets aufgestellt sind und die Genehmigung Sr. Maj. des Königs erhalten haben, diese Beschlüsse in genügender Art in die Öffentlichkeit bringt. Ich glaube, daß solchen Wünschen nichts entgegensteht und daß die Regierung mit diesen Veröffentlichungen vorgehen kann.

Man kommt nunmehr zur Abstimmung, bei welcher die drei Schlussanträge der Kommission mit großer Majorität angenommen werden. Die Minister v. Jheynlich und Graf zur Lippe, welche Mitglieder des Hauses sind, stimmen mit der Majorität. Gegen die Ablehnung stimmten Dr. Geyer, Jähnichen, Dr. Blömer und v. Bernuth. Schluß der Sitzung.

**Berlin, 17. Juni.** Verhandlungen des Abgeordnetenhauses vom 16. Juni. Schluß. (Antrag v. d. Heydt.)

Abg. Graf v. Eulenburg verlangt vom Präsidenten, daß er den Abg. Waldeck wegen der in seiner Rede gegen die konservative Partei geäußerten Ausdrücke zur Ordnung rufe.

Vizepräsident v. Kurub, der inzwischen den Vorsitz übernommen hat, lehnt dies ab. Es folgen mehrere Auseinandersetzungen und persönliche Bemerkungen, worauf der Abg. Wagener, ohne etwas Neues vorzubringen, für den Antrag des Abg. v. d. Heydt spricht.

Abg. Dr. Gneiss: In der Bläue der Mitternacht lebten wir jetzt in Preußen; säuberte die Minister sich in diesem Hause beleidigt, so forderten sie entweder zum Duell heraus, oder, wenn ein Fall, wie neulich derjenige zwischen ihm und dem Kriegsminister, durch parlamentarische Erklärungen vollkommen erledigt sei, so bemühten sie das zu Verhöhrungen in den Amtsblättern. Redner theilt den betreffenden Artikel aus dem Amtsblatt näher mit. (Hört!)

Präsident Grabow konstatiert, daß der von dem Abg. Waldeck geäußerte Ausdruck von der „geringsten Kneipe“ etc. unparlamentarisch sei, daß er ihn deßhalb aber doch nicht zur Ordnung rufen könne, weil die Bemerkungen des Abg. Wantrup noch viel ungehöriger gewesen seien.

Es folgen persönliche Bemerkungen etc., und der Abg. Jung zieht dann seinen Antrag zurück, damit der Antrag des Abg. v. d. Heydt mit der ganzen Macht der großen liberalen Majorität abgelehnt werde. Dies letztere geschieht; der Antrag der Kommission gelangt mit ungeheurer Majorität zur Annahme. Nur die Konservativen stimmen dagegen.

**Berlin, 18. Juni.** Verhandlungen des Abgeordnetenhauses vom 17. d., Vormittags.

Der Präsident verliest das Schreiben des Präsidiums des Her-

renhauses, durch welches der gestern gefaßte Beschluß des Herrenhauses, den Staatshaushalts-Etat zu verwerfen, mitgetheilt wird.

Abg. v. Forckenbeck: Das Herrenhaus hat gestern den Etat verworfen, aber es hat wenigstens nicht den in den beiden Vorjahren gefaßten Beschluß erneuert, den Regierungsentwurf als Norm aufzustellen. Daß das Herrenhaus von diesem verfassungswidrigen Schritt abgesehen hat, wollen wir immerhin als einen Fortschritt desselben verzeichnen; wir sehen, daß die von uns zweimal dem andern Hause ertheilte Belehrung nicht ganz verloren gegangen ist. Die Regierung wird nun voraussichtlich das budgetlose Regiment fortsetzen. Wir haben Dem gegenüber unsern Standpunkt durch den Beschluß vom 24. Jan. 1864 bereits gewahrt, so daß wir jetzt, bei gleicher Sachlage, einer besondern Resolution nicht bedürfen. Wir haben durch jenen Beschluß ausgesprochen, daß durch die Verwerfung des Etats der Regierung die rechtliche Möglichkeit entzogen ist, über die Staatsgelder zu verfügen, und daß sie, wenn sie demungeachtet Ausgaben macht, eines Verfassungsbruches schuldig ist. Wir haben diesen Standpunkt konsequent festgehalten, er spricht sich in allen unsern einschlagenden Konfusionen aus. Mit Rücksicht darauf können wir den Beschluß des Herrenhauses einfach ad acta legen. Allein Eins will ich noch konstatiren. Wir geben jetzt zum vierten Male auseinander, ohne daß der Etat für das laufende Jahr, in dessen Mitte wir bereits stehen, zu Stande gekommen. Der Art. 89, welcher bestimmt, daß der Etat im Voraus festgesetzt werden soll, ist der eigentliche Kern unserer Verfassung, und meines Erachtens muß die Volkvertretung es sich zur Richtschnur nehmen, in die Verathung über den Staatshaushalts-Etat thätig nur dann einzutreten, wenn die Vorlegung desselben vor dem Beginn des betreffenden Etatsjahres erfolgt ist.

Abg. Birchow: Ich sehe die gestrige Verhandlung des Herrenhauses mit weniger günstigen Augen an, als der Redner. Ich habe nicht einen Fortschritt, sondern zwei Rückschritte zu konstatiren. Das Herrenhaus hat einen Beschluß gefaßt des Sinnes, daß der Regierung eine Entlastung für die allgemeinen Rechnungen von 1865, 1860 und 1861 ertheilt wird. Dazu ist das Herrenhaus in keiner Weise befugt; nachdem wir die Decharge verweigert haben, war der Regierung der Weg zum Herrenhause verlegt. Daß sie dennoch die Vorlage dort gemacht, daß sie sogar das Herrenhaus zu der Ueberschreitung seiner Kompetenz anregert, und die vollendete gebilligt hat, ist ein neuer charakteristischer Akt der Regierung. Aber noch weit bedeutender ist die vom Herrenhause gefaßte Resolution, welche unter Nr. 3 die Regierung auffordert, das verfassungsmäßige Etatgesetz durch eine kön. Verordnung zu ersetzen, in welcher die Verwaltungsnormen festgesetzt werden sollen. Meine Herren, das ist derselbe Weg, den der Abg. Wagener hier schon einmal mit ziemlicher Zuversicht in Aussicht gestellt hat. Die Konservativen in diesem Hause haben hernach den Rückzug angetreten; aber was sie nicht festzuhalten gewagt, das hat das Herrenhaus sich nicht gescheut, nunmehr offen zu proklamiren. Bis jetzt habe ich noch die Ueberzeugung, meine Herren, daß Sr. Maj. der König ein derartiges ihm gestelltes Ansuchen mit Entrüstung zurückweisen wird; denn ich habe die Ueberzeugung, daß der König den von ihm geschworenen Eid auf die Verfassung in redlicher und offener Weise geleistet hat, und nicht mit der Reserve, welche unterstellt worden ist, daß ihm das Regiren möglich gemacht werde. Diese Zuversicht ist es allein, welche uns an dem gesetzlichen Widerstande festhalten läßt. In dem Augenblick, wo das Gesetz und die Verfassung einer königl. Verordnung weichen müßte, würde jede Fiktion über das Bestehen einer Verfassung in Preußen unmöglich sein, und würde es für uns geboten sein, den Verkehr mit der Staatsregierung und die legislative Mitwirkung direkt abzubrechen. (Lebhafter Beifall.)

Der Präsident erklärt, daß ihm von dem Herrenhause nur der den Staatshaushalts-Etat verwerfende Beschluß, nicht aber die von dem Redner angelegene Resolution mitgetheilt worden sei. Die letztere habe er nur aus den heutigen Zeitungen kennen gelernt. Er werde hiernach sich auch nicht veranlaßt sehen, von den von Seiten des Abgeordnetenhauses etwa mit Rücksicht auf jene Resolution zu fassenden Beschlüssen dem Herrenhause Kenntniß zu geben. Uebrigens spreche er es schon jetzt aus, daß er unter allen Umständen Dem de i. p. f. l. i. c. was die Abgg. Forckenbeck und Birchow gesagt haben.

Der Abg. Graf Martensleben versucht auszuführen, daß das Herrenhaus befugt gemein sei, den die Regierung entlassenden Beschluß zu fassen. Nach einer Entgegnung des Abg. Birchow wird in die Tagesordnung eingetreten.

Erster Gegenstand derselben ist der Bericht über die Fortbauer des Zoll- und Handelsvereins vom 16. Mai 1865 nebst Schlussprotokoll. Nach wenigen empfehlenden Worten des Abg. Michaelis erfolgt die Annahme des Bertrags und Schlussprotokolls mit Einstimmigkeit. Der zweite Gegenstand der Tagesordnung ist die Schlussberathung über den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Beförderung im Umherziehen aufgelaufener Gegenstände, und die Aufhebung des Verbots, Gewerbeheime zum Suchen von Befehlungen auf Gabelsteine u. s. w. zu ertheilen. Der Gesetzesentwurf wird angenommen.

Es folgt der Bericht 1) über den Handelsvertrag zwischen den Staaten des deutschen Zoll- und Handelsvereins und Belgien vom 22. Mai 1865, 2) über den Handelsvertrag zwischen dem Zollverein und Großbritannien vom 30. Mai 1865. Nachdem der Referent Michaelis die Genehmigung bekräftigt hat und von dem Regierungskommissär eine von dem Abg. Siemens geführte Klage über die Verschleppung des Baues der Bahn Penney-Kemscheid dahin beantwortet ist, daß an der allerdings langsamen Fortführung des Baues der harte Winter dieses Jahres Schuld trage, daß aber ferner mit Energie vorgegangen werden solle — erfolgt mit Einstimmigkeit die Genehmigung der Verträge.

Der Minister des Innern, Graf zu Eulenburg, welcher so eben eingetreten, verliest eine königl. Botschaft, Inhalts welcher der Landtag heute Nachmittag 3 Uhr im Weißen Saale des königl. Schlosses geschlossen werden soll.

Es folgt der Bericht der Budgetkommission über die allgemeine Rechnung des Jahres 1862. Der Abg. Birchow rechtfertigt als Referent den Antrag der Kommission, die Decharge zu versagen, mit einem kurzen Hinweis auf die gegenwärtige Lage und die derselben gestern im Herrenhaus wieder zu Theil gewordene Illustration. Die Annahme des Kommissionsvorschlages erfolgt mit großer Majorität.

Nächster Gegenstand der Tagesordnung ist der Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Uebernahme einer Zinsgarantie für eine Eisenbahn von Köslin nach Stolp. Der Referent, Abg. v. Benda, bekräftigt den Antrag der Kommission, den Gesetzentwurf abzulehnen, weil die Bahn Köslin-Stolp den Interessen der Provinz nicht in geeigneter Weise dienen könnte. Nur eine Bahn von Köslin nach Danzig würde den Bedürfnissen entsprechen. Der Redner berührt die gestrige Verhandlung im Herrenhaus und sagt, von solchen Aeußerungen, wie dort beispielsweise der Hr. Leo gethan habe, könne man sich nur mit dem tiefsten Ekel abwenden.

Abg. Graf Wartensleben: Das Haus möge sich die Gegen von Stolp verbinden, indem man ihr die Bahn gebe, denn „mit Speck fängt man Mäuse“. Wollte man einen Aufstand machen, so könnten die Leute auf der Eisenbahn rascher herkommen u. s. w.

Abg. v. Denzin beantragt Abweisung des Gegenstandes von der Tagesordnung, da in der nächsten Session der Bau bis Danzig voraussichtlich beantragt werden wird. — Das Haus stimmt diesem Antrag bei.

Ebenso wird der Gesetzentwurf wegen der Kosten der Grundsteuer-Regulirung wegen Kürze der Zeit auf Antrag von Michailis von der Tagesordnung abgesetzt.

Es folgt der Bericht der Budgetkommission über den 15. Jahresbericht der Staatsschulden-Kommission, betreffend die Verwaltung des Staatsschulden-Wesens im Jahr 1863. Die Decharge wird auf Antrag der Kommission abgelehnt.

Es folgen Petitionen.

**Berlin, 17. Juni, Nachmittags.** Abgeordnetenhaus. Nach erfolgtem Schluß der Session resumirte der Präsident Grabow die Thätigkeit des Hauses und fuhr dann fort: Die Verhandlungen haben ein düsteres Bild der innern Lage gegeben und bestätigen die Wahrheit meiner Eingangsworte. Von Verständigung wurde geredet, Unterwerfung wurde verlangt. Die Versuche, den Verfassungsstaat in den absoluten Polizeistaat umzuwandeln, sind bis zur äußersten Grenze gediehen, werden aber an dem verfassungstreuen Sinn des Volkes, der sich durch dreimalige Wiederwahl bewährt, scheitern. Die Session war nicht vergeblich, die Handelsverträge sind genehmigt, das Eisenbahngesetz ist erweitert. Söhren wir uns um die Verfassung und um den König, der geschworen hat, sie zu schützen. — Dreimaliges Hoch auf den König.

Abg. Birchow brachte den die Duellangelegenheit betreffenden Artikel der „Provinzialkorrespondenz“ zur Sprache und gab gegenüber der Darstellung derselben eine vollständige Aufklärung des Sachverhalts; er erklärte die ihn betreffenden Aeußerungen des offiziellen Organs für eben so unwahr, wie die neulichen Aeußerungen Wagener's, die derselbe noch nicht zurückgenommen. Es folgten noch Erklärungen von den Abgg. v. Henning und Wagener. Ersterer erklärte, daß der Beauftragte des Ministerpräsidenten ihm zugegeben, daß der Ministerpräsident dem Anbringen der Diplomatie, Genaueres über die Angelegenheit zu erfahren, nicht habe widerstehen können, und so sei es zu seinem Leidwesen in die Öffentlichkeit gekommen. Wagener stellte seine Erklärung in Aussicht, wenn er erst die Thatfachen festgestellt habe. Bis jetzt besitze er ein Aktenstück, das seine Angabe bestätige, nicht. Nachdem hierauf Abg. Taddel den Dank des Hauses dem Präsidenten ausgesprochen (das ganze Haus erhob sich) und der Präsident ein Hoch auf die Verfassung und das verfassungstreue Volk ausgebracht hatte, wurde die Sitzung 2 Uhr geschlossen. — Um 3 Uhr hielt dann der Ministerpräsident die Schlußrede im Weißen Saale des königl. Schlosses.

**Berlin, 17. Juni.** Heute Nachmittag um 3 Uhr wurde der Landtag durch den Ministerpräsidenten v. Bismarck mit der folgenden Rede geschlossen:

Erlauchte, edle und geehrte Herren von beiden Häusern des Landtags! Des Königs Majestät haben mir den Auftrag zu erteilen geruht, die Sitzungen der beiden Häuser des Landtags der Monarchie in Allerhöchstem Namen zu schließen. In der abgelaufenen Sitzungsperiode verdankt das Land dem Zusammenwirken des Landtags mit der Regierung die Erneuerung des deutschen Zollvereins, den Abschluß der Zollverträge mit Frankreich und Oesterreich, mit England und Belgien, das neue Vergeseß, die Regulirung der schlesischen Zehntverfassung, die bessere Versorgung der Militärinvaliden, die Eisenbahn-Anlagen an der Gabe, in der Eifel und in Thüringen, sowie eine Anzahl anderer nützlicher und heilsamer Gesetze. Aber zu vollen und durchgreifenden Resultaten hätte das Zusammenwirken der Volksvertretung mit der Regierung nur dann führen können, wenn, auch den politischen Meinungskämpfen gegenüber, das Wohl des Vaterlandes oberstes Gesetz und höchste Richtschnur für alle Parteien geblieben wäre. So ist es nicht gewesen. Die deutlich ausgesprochene Absicht der Mehrheit des Abgeordnetenhauses, den gegenwärtigen Rathgebern der Krone Schwierigkeiten zu bereiten, hat zur Verwerfung der Wegordnung, des Bankgesetzes, der Eisenbahn-Anlagen in Ostpreußen und dadurch zur Schädigung des materiellen Wohls des Landes geführt. Durch die Verwerfung des Militärgesetzes hat die unter der Mitwirkung früherer Landtage in das Leben gerufene und durch die kriegerischen Ereignisse des vorigen Jahres bewährte neue Heereseinrichtung, unter Gefährdung der äußeren Sicherheit des Landes, aufs neue in Frage gestellt werden sollen. Das Haus der Abgeordneten versagt der Regierung die Mittel zur Herstellung einer den gegenwärtigen Verhältnissen und Bedürfnissen entsprechenden Kriegsstärke; es verlagert ihr den von ihr verlangten Bestand zur Gewinnung der Früchte der mit so vielem theuern Blut erkämpften Siege des verflochtenen Jahres. Ja, es hat sich von den glänzenden Thaten und Erfolgen der Armee losgesagt, indem es, wie früher die geforderte Anleihe, so jetzt die nachträgliche Genehmigung der vorausgabten Kriegskosten verweigert hat.

Das Staatshaushalts-Gesetz, dessen Zustandekommen nach Art. 62

und 99 der Verf.-Urk. von dem Zusammenwirken aller bei der Gesetzgebung beteiligten Faktoren erwartet wird, ist auch in diesem Jahre an der Weigerung des Abgeordnetenhauses, die zur Aufrechterhaltung des Heerwesens unerläßlichen Mittel zu bewilligen, gescheitert. Das Abgeordnetenhaus hat Forderungen verweigert, welche die Staatsregierung stellen mußte; es hat Beschlüsse gefaßt, welche die Regierung nicht ausführen kann. Statt mit der ersehnten Verständigung schließt die Sitzung abermals unter dem Eindruck gegenseitiger Entfremdung der zum Zusammenwirken berufenen Kräfte. Sr. Maj. Regierung hat nur ein Ziel im Auge: die Wahrung der Rechte und der Ehre des Königs und des Landes, so wie sie verdrückt sind, so wie sie neben einander bestehen können und müssen. Dem Lande ist nicht gedient, wenn seine gewählten Vertreter die Hand nach Rechten ausstrecken, die ihre gesetzliche Stellung im Verfassungsleben ihnen versagt. Nur wenn sie diese Stellung dazu denken, mitzuwirken an dem von unsern Fürsten begonnenen und bisher durchgeführten Werke, Preußen unter starken Königen groß und glücklich zu machen, nur dann werden sie das Mandat erfüllen, welches des Königs Unterthanen in ihre Hände legen. Die Regierung Sr. Maj. ist bestrebt, das in gleichem Sinn ihr erteilte Mandat ihres königl. Herrn nach Kräften auszuführen. Sie wird, unbeirrt durch feindseligen und maßlosen Widerstand in Rede und Schrift, stark im Bewußtsein ihres guten Rechts und guten Willens, den geordneten Gang der öffentlichen Angelegenheiten aufrecht erhalten und die Interessen des Landes nach außen wie nach innen kräftig vertreten. Sie lebt der Zuversicht, daß der Weg, den sie bisher inne gehalten, ein gerechter und heilsamer gewesen ist, und daß der Tag nicht mehr fern sein kann, an welchem die Nation, wie bereits durch Laufende aus freier Bewegung und geworbener Stimmen geschah, so auch durch den Mund ihrer geordneten Vertreter ihrem königl. Herrn Dank und Anerkennung aussprechen werde. Dem Herrenhause habe ich im Namen Sr. Majestät Allerhöchstden Dank für die auch in dieser Session bewiesene Treue und Hingebung zu sagen. Im allerhöchsten Auftrag Sr. Maj. des Königs erkläre ich hiermit die Sitzung der beiden Häuser des Landtags für geschlossen.

**Berlin, 18. Juni.** Bei dem gestrigen Schluß des Landtags waren vorwiegend Mitglieder des Herrenhauses anwesend. Von den Mitgliedern des Abgeordnetenhauses bemerkte man außer den Konfessionären und mehreren Vertretern der katholischen Fraktion nur einzelne Genossen des linken Zentrums. Die Fortschrittspartei war gar nicht vertreten. Auch fehlten die 3 Präsidanten des Hauses. Nach der vom Ministerpräsidenten verlesenen Schlußrede brachte der Präsident des Herrenhauses, Graf E. zu Stolberg-Wernigerode, ein Begehren an Sr. Maj. den König aus, in welches die Versammlung dreimal einstimmte. Der ganze Schließungsakt dauerte noch nicht eine volle Viertelstunde. Auf den Tribünen befanden sich während desselben nur wenige Zuhörer. Die meisten auswärtigen Landtags-Mitglieder haben schon gestern Abend Berlin verlassen. — Wie uns versichert wird, beruht die neuliche Mittheilung der „Zeitung. Korresp.“, nach welcher auch für die nächste Session das Abgeordnetenhaus wieder in seiner jetzigen Zusammensetzung einberufen werden dürfte, auf einer rein subjektiven Vermuthung. Beschlüsse wegen einer Auflösung des Hauses und wegen der Anordnung von Neuwahlen sind aber an maßgebender Stelle noch nicht gefaßt worden. Diese ganze Frage dürfte erst gegen den Herbst zur Entscheidung kommen. — Heute Nachmittag 3 Uhr erfolgte auf Schloß Babelsberg die feierliche Uebergabe des Ordens von Goldenen Hieb an Sr. königl. Hof. den Prinzen Karl. — Die Abreise des Königs nach Karlsbad ist auf Dienstag den 20. Juni, Morgens 8 Uhr, angesetzt. Höchstwahrscheinlich wird um die Mitte des Monats Juli von Karlsbad auf kurze Zeit nach Berlin zurückkehren und dann zum weitem Kurgebrauch nach Gastein reisen.

**Karlsbad, 17. Juni.** (A. Z.) Die Ankunft Sr. Maj. des Königs von Preußen, welche bis jetzt auf den 18. d. M. festgesetzt war, wird nach einer heute Morgen hier angelangten Depesche erst am 20. Juni Abends erfolgen. Der König reist im strengsten Incognito als Graf v. Hohenzollern, und hat dringend in Wien gebeten, daß ihm zu Ehren gar keine außergewöhnlichen Anstalten getroffen werden möchten. Ob noch besondere diplomatische Konferenzen in Karlsbad erfolgen werden, ist nach den neuesten Nachrichten zweifelhaft geworden.

**Wien, 17. Juni.** Die „Konst. Oesterr. Ztg.“ enthält folgenden offiziellen Artikel über die Stellung, die Oesterreich Preußen und der Erbfolge-Frage in den Herzogthümern gegenüber einnimmt:

In auswärtigen Blättern begegnen wir der Nachricht, daß man augenblicklich in maßgebenden Kreisen auf den Herzog von Augustenburg nicht weniger als gut zu sprechen sei und daß seine Ämten, die längere Zeit in lediglichen Ruhs standen, in rapidem Sinken begriffen seien. An Aukdem ist kein wahres Wort. Oesterreich will zunächst eine den Interessen der Herzogthümer und zugleich den föderativen Interessen des Bundes entsprechende Lösung der schleswig-holsteinischen Frage, somit die Konstituierung der Herzogthümer als selbständigen Staat; die Personalfrage stand jederzeit und steht auch heute noch in zweiter Linie. Erinnern wollen wir übrigens bei dieser Gelegenheit, daß es Graf Bernstorff gewesen ist, welcher zuerst auf der Londoner Konferenz den Erbprinzen von Augustenburg als künftigen Souverän der Herzogthümer nannte, und daß Hr. v. Biegeleben dem beigestimmt hatte. Wenn daher Oesterreich später nach Abschluß des Friedens dem preussischen Kabinett vorschlug, 1) die Herzogthümer als selbständigen Staat zu konstituieren und 2) die durch den Friedensvertrag auf die beiden Großmächte übergegangenen Besitztümer auf den Herzog von Augustenburg als benachteiligten Kandidaten zu übertragen, der in seiner Person die meisten Rechte vereinigt und für den sich die Mehrzahl der Bundesregierungen, sowie die ungeheure Majorität der Bevölkerung in Schleswig-Holstein in unzweideutiger Weise ausgesprochen haben, so that es dies in dem guten Glauben, daß Preußen getreu seiner in London abgegebenen Erklärung bereitwillig bestimmen würde. Preußen aber that dies nicht; es antwortete vielmehr damit, daß es die Forderungen vom 20. Febr. aufstellte, von denen es wußte, daß sie Oesterreich nicht annehmen konnte, weil sie im Widerspruch standen mit den föderativen Verhältnissen des Bundes und die selbständige Konstituierung der Herzogthümer unmöglich machen würden. Oesterreich lehnte diese Forderungen ab und erklärte, daß auf einer solchen Grundlage nicht verhandelt werden könne. Es folgte nun der Antrag auf Einberufung

der Stände, dessen Schicksal bekannt ist. Neuestens nun tritt Preußen sehr entschieden zu Gunsten der oldenburgischen Kandidatur auf und verlangt zunächst zur Herstellung der vollen Rechtsparität zwischen den beiden Präsidenten die Entfernung des Herzogs Friedrich. Hier hat man nun nichts dagegen einzuführen, daß die Parität hergestellt werde, glaubt aber, daß die Entfernung des Herzogs Friedrich dazu nicht notwendig sei, sondern ist der Ansicht, daß dies eben so gut erreicht wird, wenn der Großherzog von Oldenburg ebenfalls seinen Aufenthalt in den Herzogthümern nehmen würde. Aufschuldig ist es aber, daß die Einberufung der Stände völlig in den Hintergrund getreten ist. Es geschieht nichts, um dieselbe zu verwirklichen. Statt dessen aber bemüht sich Preußen, die oldenburgische Kandidatur zu puffern. Es entsteht nun die Frage, ob dies geschieht, weil Preußen wirklich den Herzogthümern insinuiert, oder weil es sich selbst auf den Schultern der oldenburgischen Ansprüche in den Besitz der Herzogthümer setzen will. Es liegt in dem Interesse Oesterreichs, darüber vollkommene Klarheit zu erlangen, und wir würden es begreiflich finden, wenn Oesterreich ähnlich wie in der Ständeeinberufungs-Frage Preußen beim Wort nehmen und verlangen würde, es solle seinen Besitztitel auf den Großherzog übertragen und zugleich die Versicherung abgeben, daß es an den neuen Souverän keine Forderung stellen wolle, welche nicht in den Rahmen der Bundesverfassung paßt und die Unabhängigkeit und Selbständigkeit der Herzogthümer irgendwie alterirt. Erklärt sich Preußen dazu bereit, so sei denn auch Oesterreich geneigt, seinen Besitztitel dem Großherzog abzutreten. Wir zweifeln keinen Augenblick, daß Preußen, wenn Oesterreich diese Bedingung aufstellt, die oldenburgische Kandidatur eben so schnell fallen lassen wird, als es sie in den Vordergrund geschoben hat, und von ihr eben so wenig mehr reden wird, wie es jetzt die Ständeeinberufung der Bergeshöhe anheimgelassen möchte. Daß aber Oesterreich diese Bedingung aufstellen muß und aufstellen wird, bedarf keiner weitern Auseinandersetzung. Schon in seiner Eigenschaft als Bundespräsident macht wird es davon nicht abgehen.

**Wien, 17. Juni.** Mit großer Sicherheit wird behauptet, daß der Vertreter Oesterreichs in Berlin angewiesen sei, dort in geeigneter Form der bestimmten Erwartung des diesseitigen Kabinetts Ausdruck zu geben, daß die Einberufung der Herzogthümer-Stände nach Maßgabe der befalls ausgetauschten Erklärungen jetzt mit aller nach Lage der Gesetzgebung thunlichen Beschleunigung erfolgen und daß die preussische Regierung, wie es von Seiten Oesterreichs in Bezug auf Hr. v. Halbhuter bereits geschah, ihrerseits das preussische Mitglied der obersten Zivilbehörde mit der ungesäumten Einleitung der erforderlichen Anordnungen beauftragen werde. Gleichzeitig soll — doch wird uns das nicht mit gleicher Sicherheit mitgetheilt — eine Zirkulare Depesche abgegangen sein, in welcher die österreichische Regierung, unter kurzer Darlegung des Ganges und der Resultate der letzten mit Berlin gepflogenen Verhandlungen, ihren deutschen Bundesgenossen ausdrücklich erklärt, daß sie fortgesetzt diejenige Lösung im Auge habe, deren Nützlich in ihren bisherigen Akten deutlich genug zu Tage trete, und daß speziell kein neueres Moment vorliege, welches dazu angethan erschiene, auf eine andere Lösung hinzudringen.

**Italien.**

**Florenz, 17. Juni.** Ein Rundschreiben des Ministers des öffentlichen Unterrichts zeigt an, daß die Regierung dem Parlamente im Lauf der nächsten Session die Gesetzentwürfe, betreffend die Aufhebung der religiösen Körperschaften und die Umgestaltung des Schulwesens, von neuem vorlegen werde. Das Rundschreiben wahrt schließlich das Recht der Regierung, die zu den bischöflichen Seminarien gehörigen Elementarschulen zu überwachen.

**Florenz, 17. Juni, Abends.** Die „Opinione“ versichert, daß in den Unterhandlungen über die erledigten Bischofs-sitze sich Schwierigkeiten ergeben haben; zugleich widerlegt das genannte Blatt die vom Pariser „Pays“ mitgetheilten Nachrichten.

**Rom, 17. Juni.** Der Papst erwiederte auf die Glückwünsche des heil. Kollegiums bei Gelegenheit des Jahrestags seiner Bestigung des päpstlichen Thrones: „Die Einigkeit wird unsere Stärke sein; sie wird uns den Sieg geben.“

**Frankreich.**

**Paris, 17. Juni.** (Köln. Ztg.) Aus zuverlässiger Quelle erfährt man, daß die Anzahl der in diesem Sommer nach Mexiko hinüberzuschiffenden Truppen sich auf 10,000 Mann belaufen und im Nothfall sogar bis 14,000 erhöht werden wird, da die Regierung entschlossen ist, einen Hauptschlag gegen Juarez zu führen. — Die Regierungskandidaturen tragen, wie die neuesten Wahlen in Marne-Bezirk zeigen, immer schlechtere Früchte. Der dortige Präsekt soll der Regierung geradezu geklagt haben, daß man in Zukunft nur einem Bewerber in seinem Bezirk den amtlichen Charakter zu verleihen brauche, um eine Niederlage zu besiegeln. — Der Kaiser hat an den Direktor der Färbereigesellschaft einen Brief gerichtet, worin er ihm empfiehlt, den Forderungen der feiernden Droschkentischer zu entsprechen. — Die Akademie der Wissenschaften hat zur Prüfung der von dem Vizeadmiral de Chabannes, Seeprefekten in Toulon, erfundenen unterseeischen Explosionsmaschine eine Kommission ernannt. — Hr. v. Lavalette, der seit seinem Amtsantritt der Organisation der Präfekturen und Unterpräfekturen eine besondere Sorgfalt zugewandt hat, ist bereits zu der Ueberzeugung gekommen, das ganze administrative System wäre einer nicht unwesentlichen Umwidmung zu unterziehen. In Folge dessen ist man im Ministerium des Innern mit einer umfassenden Arbeit über diesen Gegenstand beschäftigt, die nach ihrer Vollendung dem Kaiser vorgelegt werden soll. Der Grund, weshalb das erwartete Dankschreiben des Kaisers an die Kaiserin im „Moniteur“ noch nicht erschienen ist, wäre, sicherm Vernehmen nach, darin zu suchen, daß man daran denkt, durch einen kaiserl. Beschluß den Vorfall im Geheimen Rath der Kaiserin, und zwar in der Weise zu vertheilen, daß sie jedes Mal, wenn der Kaiser irgendwie verhindert ist, ohne Weiteres die Leitung der Beratungen übernehme. Die Prinzessin Clotilde hat heute mit dem Kaiser eine lange Unterredung ge-

habt, um eine Ausöhnung zwischen ihm und ihrem Gemahl herbeizuführen. — Im Kriegsministerium scheint man durch die jüngsten Budgetberatungen nicht durch zum System der Sparlichkeit bekehrt worden zu sein, denn man bereitet dort eine Denkschrift vor, um die Nothwendigkeit einer allgemeinen Soldderhöhung für die Offiziere und Unteroffiziere darzutun.

### Spanien.

\* Madrid, 17. Juni. Die „Correspondencia“ meldet, daß eine Versammlung von Senatoren, die beim Marschall D'Onnell, Herzog v. Tetuan, stattgefunden, den Beschluß gefaßt hat, im Senat den Gesetzentwurf betreffs der Presse anzugreifen. Es ist noch immer unbekannt, wo sich General Prim aufhält.

### Belgien.

Brüssel, 17. Juni. (Köln. Ztg.) Das Waterloo-Fest der Blamingen, obgleich dasselbe von den Blättern aller Parteien mißbilligt worden, findet dennoch statt. Die Veranstalter der Feier haben für morgen einen Spezialzug von 17 Wagen nach Waterloo gemietet. — Der Senat hat sich auf unbestimmte Zeit vertagt, nachdem er den Gesetzentwurf über die persönliche Verantwortlichkeit der Minister nach ziemlich lebhaften Debatten mit 31 gegen 11 Stimmen genehmigt. Die gerichtliche Verfolgung der in das Chazal-Delaet'sche Duell verwickelten Personen wird dennoch nicht vor Ablauf der Session stattfinden, und letztere dürfte sich voraussichtlich bis Ende August hinziehen, indem das Abgeordnetenhaus wider alle Erwartung beschloß, das wichtige Gesetz auf Abstellung der Wahlmüßbräuche noch in der gegenwärtigen Sitzungsperiode zu beraten. Auch das gehässige Fremdengesetz bleibt noch zu diskutieren. Gegenwärtig beschäftigt das Parlament noch die Sitzungen der Kammer, welche heute den Bau einer Central-Eisenbahn-Station und einer unterirdischen Verbindung zwischen dem Nord- und dem Südbahnhof in Brüssel beraten hat. — Der Finanzminister hat einen Gesetzentwurf eingebracht, wonach die in den jüngst abgeschlossenen Handelsverträgen stipulirten Tarifherabsetzungen zu allgemeiner Gültigkeit gelangen sollen.

### Großbritannien.

London, 17. Juni. Parlamentsverhandlungen vom 16. Juni.

Unterhaus. Gladstone fragt, ob und wann die Regierung die Konsularposten in dem vom 1. Juli an dem Handel wieder erschlossenen südlichen Hafen Nordamerikas, wie Charleston, Savannah u. c., wieder zu besetzen gedenke, und ob sie dieselben Männer, welche vor dem Krieg Konsuln daselbst gewesen und mit den dortigen Verhältnissen vertraut seien, auf ihre alten Posten senden werde. Layard entgegnet, britische Konsuln, die lange in den südlichen Häfen gelebt hätten, befänden sich entweder bereits an Ort und Stelle, oder würden sich doch nächstens dort befinden. Die vor dem Krieg in New-Orleans und Galveston befindlichen Konsuln seien gestorben und durch neue ersetzt worden; der Konsul zu Charleston sei zum Generalkonsul auf Cuba ernannt worden; sein Nachfolger aber, der frühere Bizekonsul zu Charleston, sei die ganze Zeit über in Charleston geblieben. Der frühere Konsul zu Mobile habe eine andere Stelle erhalten und sein Nachfolger habe sich während des ganzen Krieges dort befunden. S. Berkeley beantragt folgende Resolution: „Da die allgemeinen Neuwahlen bevorstehen und es kein Gesetz gibt, welches die Einschüchterung der Wähler und die Befehdung zu verhindern vermag, so ist es zweckmäßig, einen Versuch mit der geheimen Abstimmung zu machen.“ Lord Palmerston bekämpft die Resolution. Er hält es für die Pflicht des Wählers, das ihm zum Wohle der Nation anvertraute Stimmrecht Angelegentlich seiner Mitbürger auszuüben. Das Geheimheil würde den Grundsätzen und dem Brauch der englischen Verfassung widerstreiten. Bei der Abstimmung wird der Antrag Berkeley's mit 118 gegen 74 Stimmen verworfen.

\* London, 17. Juni. Die Königin ist mit den jüngeren Gliedern ihrer Familie gefahren aus den schottischen Hochlanden nach Windsor zurückgekehrt, um bis in die zweite Woche k. M. auf dem Schlosse zu verweilen. Nach einem Aufenthalt in Osborne wird sie wieder Schloss Windsor aufsuchen und dann die Reise nach Deutschland antreten. Es wird von einzelnen Blättern angekündigt, daß der Prinz von Wales am 15. Juli über das dann in Plymouth vor Anker gehende französische und das daneben liegende englische Kanalgelände eine Reue abhalten wird. Schon länger war die Rede davon gewesen, daß im Lauf dieses Sommers die Gesandten der beiden Nationen sich freundschaftliche Besuche abstatten sollten, in Plymouth und in Cherbourg. Doch ist, wie „Daily News“ versichert, die obige Angabe in ihrer Zeitbestimmung nicht genau; da einige der Schiffe, welche den Kaiser nach Algerien geleitet haben, der Reparatur bedürftig seien, so werde die französische Kanalflotte keinesfalls vor Mitte August im Stande sein, irgend einen englischen Hafen zu besuchen.

### Amerika.

\* New-York, 8. Juni, Nachmittags. (Per „China“.) Alle der südstaatlichen Regierung gehörende Baumwolle, welche sich in dem Trans-Mississippi-Departement vorfindet, ist den Bundesstruppen ausgeliefert worden. In dem letzten Zufluchtsort, welcher den Waffen des Südbundes noch geblieben ist, der Hafenstadt Galveston, reißt nun auch Verwirrung und Anarchie ein; die Anführer haben jeglichen Halt über ihre Truppen verloren. — Der Gouverneur von Süd-Carolina, Magrath, hat sich als Gefangener gestellt. — General Grant hat am 2. d. eine Adresse an die Armee der Vereinigten Staaten erlassen, worin er den Kriegern für die bewiesene Tapferkeit und die mühsige Ausdauer dankt. Die Heereszüge, die Belagerungen und die Schlachten, die gewaltigen Entfernungen, die Fähigkeit in der Ausführung fühner Entschlüsse, und die glänzenden Erfolge, welche der ausgefochtene Kampf aufzuweisen habe, hätten die größten Kriege, die ruhmreichsten Thaten der Vergangenheit in Schatten gestellt, und würden den zukünftigen Verteidigern des Vaterlandes, den Vorkämpfern der Freiheit und des Rechts, auf ewig zu Leistern dienen. — Das Kriegsministerium hat die unverzügliche Entlassung aller Kriegsges-

fangenen unter dem Majorsgrade in dem Landheere, und unter dem Range eines Kommandeurs in der Marine angeordnet, welche dem Eid der Treue zu leisten bereit sind. Ausgenommen sind solche Kriegsgefangene, welche auf den Militär- oder Marineakademien der Vereinigten Staaten ausgebildet, vor Ausbruch des Krieges im Dienste der Union standen. Für die Freilassung höherer Offiziere sollen die nöthigen Bestimmungen getroffen werden, sobald diese erste Anordnung zur Ausführung gekommen ist.

Der bisher noch zurückgehaltene Theil der in dem Verhörungsprozess gemachten Zeugenaussagen ist jetzt veröffentlicht worden; er enthält überaus wichtige Depositionen, über deren Werth sich freilich noch kein Urtheil bilden läßt. Conover, ein Korrespondent der New-Yorker „Tribüne“, Merritt, ein Arzt aus Montgomery, und ein geheimer Polizist sagten im Verhör aus, daß sie mit den südstaatlichen Agenten in Canada in genauer Bekanntschaft gestanden, und um in ihre Geheimnisse einzudringen, sich als Mitverschworene dargestellt hätten. Saunders, Thompson, und Clay hätten häufig in ihrer Anwesenheit mit Booth verkehrt. Conover sagte aus, er sei zugegen gewesen, als Surratt an Thompson Depeschen von Davis und Benjamin überbracht habe, in denen Lincoln, Johnson, Stanton, Grant, Seward und Chase als zur Ermordung auserlesen bezeichnet gewesen seien; von Thompson sei darauf Booth mit der Ausführung des Anschlags beauftragt worden. Ferner machte Conover Angaben über einen von den Konföderirten in Canada geschmiedeten Plan, die Wasserbehälter und die Baumwoll-Vorräthe in New-York zu vergiften, das gelbe Fieber in den Norden zu verbreiten, und New-York, sowie andere Städte des Nordens in Brand zu stecken. Es heißt, daß die Untersuchung gegen Jefferson Davis speziell nicht vor September eingeleitet werden soll.

Von Spanien soll die Regierung die Auslieferung des südstaatlichen Widerstehers „Stonewall“ verlangt haben. — In dem Cooper-Institute hat eine große Versammlung zur Unterstützung der Regierung des Präsidenten Johnson stattgefunden, bei welcher auch General Grant zugegen war. Die bisherige Politik des Präsidenten wurde gebilligt, Verwahrung als das größte Verbrechen bezeichnet, die Stimmberechtigung der Neges bestritten, die Regierung aufgefordert, die Monroe-Doktrin unbedingt aufrecht zu erhalten, und von Großbritannien Schadenersatz für die von südstaatlichen Raper-Schiffen begangenen Raubereien zu verlangen.

Aus San Francisco sind Depeschen vom 30. v. M. eingetroffen, laut deren Williams und andere Leiter der Auswanderung nach Mexiko wegen versuchten Bruchs der Neutralitätsgehalte vor Gericht gestellt worden sind. Der Emigrationsplan wurde mit diesem Vorfall als beendet angesehen; doch war noch auf den 1. d. eine Massenversammlung anberaumt, welche ihre Sympathien mit der Sache der mexicanischen Republik kundgeben sollte.

### Preussische Depesche an Oldenburg.

Berlin, 17. Juni. Die „Spen. Ztg.“ theilt die Antwort der Regierung auf die bekannten Vorstellungen des Großherzogs von Oldenburg mit. Sie ist in der folgenden Depesche des Hrn. v. Bismarck an den Prinzen zu Oldenburg in Hannover, der zugleich bei der oldenburgischen Regierung beglaubigt ist, enthalten.

Berlin, den 9. Juni 1865.

Er. Durchlaucht habe ich unter dem 29. v. M. die Bewahrung mitgetheilt, welche Sr. Königl. Hoheit der Großherzog von Oldenburg unterm 22. d. in Bezug auf die von den beiden deutschen Mächten kundgegebene Absicht der Berufung einer schleswig-holsteinischen Landesvertretung durch seinen Ministerpräsidenten an den Höfen von Berlin und Wien hat abgeben lassen.

Ich erlaube Er. Durchl. ergebenst, dem groß. Hrn. Minister die Versicherung zu geben, daß die Regierung Sr. Maj. des Königs, unseres Allergnädigsten Herrn, diesem Allenfäll die volle Würdigung zu Theil werden läßt, welche einem solchen Schritte eines befreundeten Bundesfürsten gebührt.

Er. Königl. Hoheit legt darin im voraus Erwahrung gegen jeden unberechtigten Akt ein, welchen die zu berufende Landesvertretung in Beziehung auf die Erbfolgefrage vornehmen möchte, und stellt so dem, indem er auf die in den Herzogthümern selbst sich geltend machenden Parteilagitationen hinweist, und sich auf die Parität beruft, welche jeder der im Konflikt befindlichen Erbprinzipalanten von der Unparteilichkeit der beiden im Besitz befindlichen Regierungen zu fordern berechtigt sei, seine Rechte unter den Schutz der beiden Souveräne von Preußen und Desterreich.

Die Regierung Sr. Maj. des Königs ist immer bemüht gewesen, diese Unparteilichkeit in vollem Maß zu wahren. Sie wird dasselbe, wie in jedem weiteren Stadium dieser schwierigen und verwickelten Frage, so auch bei der bevorstehenden Verhandlung mit der Landesvertretung thun, und es sich zur Aufgabe machen, eine unparteiische und eingehende Würdigung und Beachtung aller Rechte, ohne Benachtheiligung eines der Präzendenten, zu vermitteln. Es ist auch ihre ernste Absicht, den Parteilagitationen in den Herzogthümern, über welche die Depesche des groß. Hrn. Ministers sich beschwert, mit Entschiedenheit entgegenzutreten, und den Einfluß derselben auf die Wahlen und die Versammlung selbst, so viel an ihr ist, zu verhindern. Wenn die in der Depesche ausgedrückten Besorgnisse sich verwirklichen sollten, daß diese Einflüsse zu unberechtigten Akten einseitiger Verfügung über die Rechte Dritter, oder zu Demonstrationen, welche eine rechtliche und politische Bedeutung in Anspruch nehmen und der definitiven Entscheidung vorgreifen wollten, führen möchten — was die Königl. Regierung indeß von dem rechtlichen und lokalen Sinn der Bevölkerung nicht glaubt erwarten zu sollen: so ist sie des Einverständnisses der kaiserl. österreichischen Regierung sicher dafür, daß die beiden Regierungen gemeinsam allen unberechtigten Akten entgegenzutreten werden. Die bekannte Gesinnung Sr. Maj. des Königs, unseres Allergnädigsten Herrn, daß Sr. Königl. Hoheit dem Großherzog Bürgere dafür sein, daß sein Vertrauen auf den angesehnen Schutz seiner Rechte, so weit dieselben bestehen und sich nachweisen lassen, nicht werde getauscht werden.

Er. Durchl. sind ermächtigt, diese Depesche dem groß. Hrn. Minister abdrucken zu lassen. — (gg.) v. Bismarck.

### Baden.

Heidelberg, 16. Juni. (Wunz. Z.) In einer gemeinsamen Sitzung der hiesigen Volksschulräthe wurde für die Kinder des ersten Schuljahres der Unterricht aus Gründen des körperlichen Wohlbefindens auf 4 Stunden beschränkt. Hinsichtlich der Sonntagsschulen wurde beschlossen, bei den vorgelegten Behörden deren Aufhebung, aus Gründen der Zweckmäßigkeit, zu veranlassen, indem die jungen Leute durch anderweitige Beschäfte häufig verhindert seien, dieselbe zu besuchen.

○ Aus dem mittlern Wiesenthal, 15. Juni. Der Stand der Vegetation in unserm gesegneten und lieblichen Wiesenthal ist ein erfreulicher, und erregt die besten Hoffnungen für die Ernte und den Herbst. Nur die Futtergewächse machen eine Ausnahme, und wenn das Späthjahr nicht noch gut macht, was der trockene und heiße April zurückgehalten hat, so kann das Heu bis zum nächsten Frühjahr hohe Preise herbeiführen. Schon jetzt ist das Heugras bei den vielen Versteigerungen auf dem Halm ziemlich theuer geworden, indem der Morgen gutes Wiesengras durchschnittlich 30 bis 40 fl. gekostet hat. Ein Gutepächter in der Nachbarschaft von Ebrach soll von etwa 80 Morgen Wiesengrund nur 14 Wagen voll Heu eingeführt haben. Das Oftertragniß wird im Durchschnitt ziemlich günstig ausfallen. Das Fruchtsfeld steht prächtig, und die Kartoffeln und übrigen Sommergewächse gedeihen in kräftiger Weise.

### Vermischte Nachrichten.

— Bonn, 16. Juni. Zur Ausfüllung des durch das Ausschreiben des Prof. Otto Weber erledigten Lehrstuhles der pathologischen Anatomie ist Prof. Rindfleisch aus Zürich an die hiesige Universität berufen worden und wird derselbe im Herbst seine Vorlesungen beginnen.

— Eisenach, 15. Juni. (Weim. Z.) Die je nach zwei Jahren wiederkehrende Konferenz von Abgeordneten der evang. Kirchenbischöfen Deutschlands ist heute durch einen Morgen-Gottesdienst in der Kapelle zu Wartburg eröffnet worden. Die Versammlung wählte wieder durch Hrn. Oberhofprediger Dr. Grünkeisen aus Stuttgart zu ihrem Präsidenten, Oberkonsistorialpräsident v. Harles aus München zu dessen Stellvertreter. Der erste Gegenstand der Beratungen war das nach sechsjähriger Vorarbeit nunmehr (Stuttgart, L. G. Coita'sche Buchhandlung) erschienene Werk: „Zur kirchlichen Statistik des evangelischen Deutschlands“, im Auftrage der Konferenz herausgegeben von Dr. Zeller, Finanzrath und Mitglied des statistisch-topographischen Büreaus in Stuttgart. Ein weiterer Vortrag, von Oberkonsistorialrath Dr. Dörner von Berlin gehalten, legte den seitherigen Gang der Vorarbeiten für Herstellung eines einheitlichen, theilweise berichtigen Textes der deutschen Bibelübersetzung vor.

— Leipzig, 15. Juni. Die „L. Adress.“ schreibt: Professor Ritschl in Bonn hat den Ruf an die Universität Leipzig angenommen. Ehe er eintrifft, muß die von dem preussischen Kultusministerium gegen ihn eingeleitete Disziplinäruntersuchung zu Ende gebracht sein.

— Tilsit, 16. Juni. Die Eröffnung der Anstalt Eisenbahn ist heute erfolgt.

\* Paris, 17. Jan. Die Arbeitseinstellung der Pariser Droschkenkutscher dauert bis jetzt noch fort. Der „Siecle“ sagt über dieses Ereigniß: „Als Paris heute Morgen aufwachte, war kein einziger Plahwagen zu sehen. Die Kutscher haben die Depots der Gesellschaft verlassen, und nur ihre Peitschen mitgenommen. Zum Glück sind wenigstens die Remisekutscher ihren Kollegen nicht auf den heil. Berg gefolgt. Außerdem bleiben uns noch einige Wagen, welche die Gesellschaft bis jetzt noch nicht in das Reich ihres Monopols zu ziehen vermochte, und dann die Ausfuhrmittel übrig, welche die Freiheit überhaupt darboten. Und wirklich hat diese Freiheit bereits Wunder gewirkt! Von Stund zu Stund wächst die Zahl der improvisirten Fuhrwerke, welche dem bedrängten Verkehr zu Hilfe eilen. Sie sind allerdings nicht sehr elegant, auch nicht sehr reichlich, nicht einmal sehr solid; allein inmitten einer so schweren Krisis nimmt man es nicht so genau. Verschiedene dieser Fuhrwerke erinnern lebhaft an das antiken regime. Das Karioklet unserer jungen Jahre ist wieder zum Vorschein gekommen, und wenn die Grede morgen fortbauert, wird vielleicht auch der letzte der Coucoucs (ein früheres, sehr verrufenes Kutscherformat) wieder auftauchen.“

\* New-York, 6. Juni. (Per Dampfer „China“ und per Telegraph von Groothaven.) Das Post-Dampfschiff des Nordd. Lloyd „New-York“, Kapitän R. v. Dierendorp, welches am 21. Mai von Bremen und am 24. Mai von Southampton abgegangen war, ist am Sonntag den 4. Juni nach einer schnellen Reise von 11 Tagen wohlbehalten hier angekommen.

Ansbach, 15. Juni. Bei der heute stattgehabten 17. Gewinnziehung des Ansbach-Gunzenhausenener Eisenbahn-Anlebens sind von den am 15. v. M. erschienenen 26 Serien, nämlich: 71, 291, 310, 334, 429, 660, 1296, 1551, 1896, 1905, 2114, 2370, 2657, 2844, 3248, 3288, 3606, 3697, 3723, 3886, 4244, 4454, 4480, 4545, 4681, 4859, auf die nachstehenden Serien- und Gewinnnummern die beigegebenen Gewinne gefallen: Serie 3723 Nr. 36, 18,000 fl.; S. 1551 Nr. 37, 2000 fl.; S. 2114 Nr. 6, 500 fl.; S. 334 Nr. 12, 1296 Nr. 34, 2657 Nr. 32, 3288 Nr. 11 und 4545 Nr. 49, je 100 fl.; S. 71 Nr. 6, 291 Nr. 30, 1296 Nr. 33, 1296 Nr. 41, 3606 Nr. 6, 3886 Nr. 13, 4244 Nr. 2, 4244 Nr. 35, 4545 Nr. 10, und 4681 Nr. 41, je 50 fl.; S. 310 Nr. 10, 310 Nr. 23, 334 Nr. 31, 1296 Nr. 12, 1296 Nr. 22, 1551 Nr. 34, 1896 Nr. 35, 1905 Nr. 3, 2114 Nr. 50, 2370 Nr. 46, 2657 Nr. 6, 2844 Nr. 30, 3248 Nr. 17, 3606 Nr. 22, 3697 Nr. 37, 3886 Nr. 49, 4454 Nr. 9, 4545 Nr. 33, 4681 Nr. 11, 4681 Nr. 33, je 30 fl.

### Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
17. Juni.					
Morgens 7 Uhr	28° 0,86	+ 11,0	N.D.	schw. bew.	heiter, kühl
Mittags 2	27° 11,90	+ 18,0	„	stark	Sonnenbl., warm
Nachts 9	27° 11,70	+ 12,0	„	schw.	heiter, kühl
18. Juni.					
Morgens 7 Uhr	27° 11,43	+ 11,5	N.D.	ganz bew.	trüb, kühl
Mittags 2	27° 11,83	+ 16,5	„	stark	Sonnenbl., mäßig
Nachts 9	28° 0,02	+ 11,0	„	schw.	heiter, kühl

Verantwortlicher Redakteur:  
Dr. J. Herm. Koenig.

Pr. 559. Am Verlage von A. Lubrecht & Comp. in Stuttgart sind folgende vömlär-medizinische Schriften erschienen und in **Karlsruhe** in der **G. Braun'schen Hofbuchhandlung** zu haben:

**Ueber den Gebrauch und Nutzen** einiger durch mehr als hundertjährige Erfahrung erprobter, anerkannt guter und gänzlich unschädlicher **Arzneien** gegen die üblen Folgen der **Onanie** (Selbstbefleckung), sowie gegen die durch Ausschweifung aller Art herbeigeführte **Abnahme der Leibes- und Seelenkräfte**. Zum Besien leidender Menschen aufs neue herausgegeben und mit den nöthigen Rezepten versehen von **Dr. Simon**, 21. Aufl. geh. 24 fr.

Neues und untrügliches **Seilmittel gegen die Bleichsucht**. Nach vieljähriger eigener Erfahrung von **Dr. J. Naumborn**, 2. Aufl. geh. 12 fr.

Pr. 577. Karlsruhe. **Bekanntmachung.** Mit Genehmigung großh. Handelsministeriums hat für die hiesigen Güter, welche auf **Wannheim-Bahnhof** fahrt, ankommen und auf Verlangen der Empfänger in den **Rein- & Ackerhöfen** besiedelt werden, eine Frucht von 1 fr. per Centner für Einzelsäcker und von 1/2 fr. per Centner für Wagenladungsgüter zur Erhebung zu kommen; was hierdurch zur allgemeinen Kenntnissnahme gebracht wird. Karlsruhe, den 13. Juni 1865. Direction der großh. Verkehrsanstalten. B. v. D. Pöppen. Schneider.

Pr. 75. Karlsruhe. **Bekanntmachung.** Bei den diesjährigen Stationen **Wannheim, Heidelberg, Barm und Bad** werden auch direkte Fahrkarten nach **London** per Harwich via Cleve-Zevenaar für die 1. und 2. Klasse ausgeben. Fieleten können bei einer Gültigkeitsdauer von 30 Tagen, vom Tage der Ausgabe an gerechnet, für alle fahrbahnmäßigen Züge benutzt werden und berechtigt zu tarifierter Mitnahme von 50 Pfund Gepäck. Außerdem ist den Reisenden, wie bei allen Wägen nach den rheinischen Bahnen, die Wahl der Route über Ludwigshafen-Mainz freigestellt. Ueber die Fahrpreise und sonstige Bestimmungen ertheilen die betr. Eisenbahnstationen nähere Auskunft. Karlsruhe, den 15. Juni 1865. Direction der großh. Verkehrsanstalten. B. v. D. Pöppen. Schneider.

Pr. 520. Karlsruhe. **Aufforderung.** Nach Vorchrift der Stiftungsurkunde des verlebten **Giles Worsler** vom 19. Januar 1819 sollen die aus dem Stiftungskapital von 6000 fl. den 23. April 1867 fällig werdenden Zinsen zur Aussteuer eines armen Mädchens aus der Verwandtschaft des seligen Stifters verwendet werden. Die hienach genannten Bewerberinnen werden daher aufgefordert, sich mit ihren beschafflichen Gesuchen, unter Anfügung oberschriftlicher Zeugnisse über ihre Vermögensumstände, ihr Alter, sittliches Betragen und ihre Verwandtschaftsverhältnisse zu dem seligen Stifter binnen 6 Wochen anzuwenden. Karlsruhe, den 9. Juni 1865. Synagogenrath.

Pr. 339. Nr. 515. Konstanz. **Bekanntmachung.** Bei der Gröndung von **Wolff'schen** Stiftung zu Konstanz ist für einen armen katholischen Handwerkerlehrling eine Unterstützung von 50 fl. zu vergeben. Diejenigen Eltern, Vormünder oder Handwerkerlehrlinge, welche sich um diese Unterstützung bewerben wollen, haben ihre Gesuche unter Vorlage der Vermögens- und Eittenszeugnisse binnen 4 Wochen bei unterfertigter Stelle einzureichen. Konstanz, den 1. Juni 1865. Verwaltungsrath der Stiftungsanstalten. Stifter. Hof. F. Stadler. vdt. Golderauer.

Pr. 603. Fie in Speyer erscheinende **Pfälzer Zeitung** vertritt die gesamt-deutsche Richtung und erhält auch häufig Berichte von angesehenen Männern aus Baden. Sie erfreut sich einer großen Verbreitung, namentlich in der bayerischen Pfalz, wo sie in jedem Orte gelesen wird. In den Karlsruhe benachbarten bayerischen Orten ist sie das gelesenste Blatt. Sie empfiehlt sich deshalb auch dem Karlsruhe, sowie überhaupt dem badischen Handels- und Gewerbestande ganz besonders zu **Anzeigen**. Der Name der vier-spaltigen Bergzettel wird mit nur 3 fr. berechnet. Speyer, 18. Juni 1865. Die Exped. d. Pfälz. Ztg.

MÉDAILLE DE LA SOCIÉTÉ DES SCIENCES INDUSTRIELLES DE PARIS.



**Keine grauen Haare mehr!**  
**Melanogène**  
von **Diocuemars** aine in **Rouen**.  
Fabrik in Rouen, rue St.-Nicolas, 39.  
Um augenblicklich Haar und Bart in allen Mäonen, ohne Gefahr für die Haut, zu färben. — Dieses Färbemittel ist das beste aller bisher dagewesenen.  
Gen. Depot bei **Fr. Wolff & Sohn**, Hoflieferanten in Karlsruhe. No. 360.

**Coupons von lombardischen Eisenbahn-Prioritäten** werden von heute an ohne Abzug an meiner Kasse eingelöst. **G. Schmieder in Karlsruhe.**

Pr. 612. **Besuch.** In einer badischen Stadt ersten Ranges ist für einen in der Burschenschaft wanderten Kurischen die erste Stelle zu besetzen. Nähere Auskunft ertheilt die Expedition dieses Bl. Pr. 527. **Eine renommirte westphälische Cigarrenfabrik** sucht zur Vertretung in Baden, Bayern und Württemberg einen mit den besten Referenzen versehenen, thätigen, erfahrenen Agenten. Derselbe muß schon längere Jahre für Cigarren-Fabriken gereist haben, und die Kunstschaff, sowie den Artikel genau kennen. Es wird nur auf solche Personen reflektirt, die obigen Anforderungen entsprechen, weshalb auch Andere nicht berücksichtigt werden. Franco Offerten mit Angabe des bisherigen Wirkungskreises werden unter B. S. 600 von dem Unterzeichneten zur Weiterbeförderung entgegengenommen. **Adolph Wäcker in Köln.**

Pr. 481. Karlsruhe. **Hausversteigerung.** In Folge höherer Anordnung wird das in der Spitalstraße, zwischen dem Markgräflichen Palais und Postograph'scher liegende Wohnhaus mit gewölbtem Keller, 14 Zimmern, 3 Kucheng. und großem Speicher, in dem Hintergebäude eine geräumige Wäschküche mit großer Saube und verrohrtem Speicher enthaltend, und mit den sonstigen Erfordernissen versehen, nebst dem anstehenden kleinen Garten **Donnerstag den 27. Juni, Vormittags 11 Uhr,** in dem Hause selbst einer öffentlichen Versteigerung ausgesetzt. Wegen Einnahme des Hauses und der Steigerungsbedingungen wollen sich die Liebhaber an den Unterzeichneten wenden. Karlsruhe, den 12. Juni 1865. **Siebert, Hofökonomie-Verwalter.**

Pr. 610. Karlsruhe. **Wirthschafts-Vergebung.** Die Wirthschaft der hiesigen **Müllergesellschaft** soll anderweit vergeben werden. Die Bedingungen sind bei dem Wirthschaftsbeamten der Gesellschaft, Herrn Direktor **E. Zuhary**, Spitalstraße Nr. 47, einzusehen. Die Bewerbungen, welchen Zeugnisse über bisherige Beschäftigung und Vermögen beizufügen sind, müssen bis längstens 15. Juli l. J. eingereicht werden. Nähere und zuverlässige Bewerber werden besondere Berücksichtigung finden. Karlsruhe, den 17. Juni 1865. **Der Museumsverwalter.**

Pr. 598. Forstheim. **Sägmühl-Versteigerung.** Der Hofverein in Forstheim läßt am **Montag den 17. Juni 1865, Vormittags 11 Uhr,** öffentlich auf dem Rathhaus in Forstheim zu Eigentum versteigern: Die in Forstheim an der vorzulegenden **Wärm- und Nagel gelagte logenannte Compagnie-Sägmühle** mit 3 Säggängen sammt Wasserbau, Wehren, Wasserrädern und der Wasserberechtigung, nebst den dabei liegenden Waagzinn und Oefenmahlgebäuden, Wäschküche und Schweinefluten und mit den anstehenden Holzplätzen, Wegen und 4 Gärten. Das Ganze umfaßt einen Flächenraum von ungefähr 845 Ruthen 96 Fuß neubauisches Flächenmaß. Jeder Steigerer hat einen annehmbaren Bürgen zu stellen und Auswärtige haben sich durch genügende Vermögenszeugnisse auszuweisen. Die Zahlungsbedingungen sind günstig gestellt, und es erfolgt der endgiltige Zuschlag logleich, wenn 32,000 fl. oder mehr geboten sind. Nähere Erläuterungen können inzwischem bei dem Vorstand des Hofvereins oder bei Kaufmann **Wilhelm Benz jun.** in Forstheim eingezogen werden. Pr. 604. Nr. 1871. Donauerschinn. **Mahlmühlverkauft und Verpachtung.** Die herrschaftliche Stadtmühle dahier, 2stöckig, von Stein gebaut, mit 5 Mahlgängen und einem Geringgang, eingebauter Wohnung und angebauter Wasserröhre, besonders hechtender Hausröhre, Gießer mit Stallung und Schopf, befandertem Kestlergebäude, Schweinmäl und Hofraum, eine Grundfläche von 153 Ruthen enthaltend, nebst 256 Rth. Garten und 223 Rth. Wiesen vorn und hinten daran, wird **Donnerstag den 13. Juli l. J., Vormittags 2 Uhr,** im Gasthause zur Post dahier einer Alternativversteigerung zu Eigentum und zu Zeitpacht bis 31. Dezember 1872 ausgesetzt werden. Fürstlich fürstbergisches Rentamt.

Pr. 506. Nr. 570. Forstbach. **Gegenständen-Versteigerung.** Dem Kaufmann **Reinhard Krumpp** von Weiskirchen werden **Montag den 10. Juli d. J., Vormittags 10 Uhr,** im Rathhause dahier nachbenannte, in heutiger Steigerung nicht angebotene Gegenstände versteigert, wobei der Zuschlag um das höchste, auch unter dem Schätzungspreis stehende Gebot erfolgt: Ein zweistöckiges Wohnhaus, der untere Stock massiv von Stein gebaut, mit eingerichteten Kaufstuden, sammt Ökonomiegebäude unter einem Dach, neben Lufas Ged, vornen die Straße 3000 fl. 20 Ruthen Acker in der Hinnhüll 20 „ 10 Ruthen Acker in der Bromersbad 10 „ 1 Viertel Wiesen im Gerkenland 60 „ 1 Ruthen Wiesen im Escheldronn 100 „ Summe 3190 fl. Forstbach, den 12. Juni 1865. Großh. bad. Notar als Vollstreckungsbeamter: **Kirchgeßner.**

Pr. 544. D. B. 47. Baden. **Gegenstände-Versteigerung.** Da bei der heute abgehaltenen Versteigerung der dem **Johann Christian Deeg**, Gärtner in Baden, gehörigen nachbenannten Gegenständen der Schätzungspreis nicht geboten wurde, so wird zur zweiten Versteigerung derselben **Donnerstag den 8. Juli d. J., Vormittags 9 Uhr,** auf dem Rathhause dahier anberaumt, wobei bemerkt wird, daß der endliche Zuschlag um das sich ergebende höchste Gebot erfolgt, wenn solches auch unter dem Schätzungspreis stehende wird. Beschreibung der Gegenstände. I. Theil. Ein zweistöckiges Wohnhaus an der Straße nach Eßenern, 40' lang, 30' tief. Das Wohnhaus enthält im unteren Stock: zwei Zimmer, eine Küche und Keller; der zweite Stock enthält: vier Zimmer und eine Küche; im Dachboden: vier Zimmer, eine Küche und Speicher. Der Platz, worauf die Gebäulichkeiten stehen, sammt Garten, Weg und Hofraum, ist 96 Quadratrußen groß; angrenzend: vornen die Straße, hinten Lößel, an den nachbeschriebenen zweiten Theil stößend, an den Weg zum zweiten Theil stößend, an der Seite **Ludwig Pfäfer**; geschätzt zu 10,000 fl. II. Theil. Ein ein- und einhalbstöckiges Pfanzhaus, 50' lang und 30' tief, von Stein erbaut, und Vorplatz mit Treppe, einem Dachboden mit Kellerräumen, vier Zimmern, einer Küche und Speicherraum. An dieses Gebäude ist an der hinteren Seite ein einfaches Remisegebäude mit Kubhülle angebaut. Dieser Platz, worauf das Haus steht, sammt Hof, Garten ringsum liegend, ist 225 Quadratrußen groß; angrenzend: vornen an den beschriebenen Pfäfer; geschätzt zu 5,500 fl. Summe 15,500 fl. Baden, den 12. Juni 1865. Der Vollstreckungsbeamte: **Gisinger.**

Pr. 598. Bruchsal. **Lieferung einer Feuerlöschspritze.** Die Stadtgemeinde **Bruchsal** beabsichtigt eine Feuerlöschspritze mit 4 Rädern und 6 Zoll Eieselweite anzuschaffen und die Anfertigung resp. Lieferung derselben im Soumissionsweg zu vergeben; wozu die näheren Bedingungen auf dem Rathsbureau offen liegen. Die Angebote sind längstens bis zum 1. August d. J. bei unterzeichneter Stelle einzureichen. Bruchsal, den 17. Juni 1865. Der Gemeinderath: **Gisinger.**

Pr. 590. Nr. 627. Bruchsal. **Vergebung von Pfäferarbeit.** In dem **Die Neubor** sind 141 Quadratrußen **Minnaupfäfer** herzustellen. Angebote auf Lieferung dieser Arbeit mit Angabe des geforderten Preises für die Quadratrußen sind bis **Freitag den 30. d. M., Vormittags 11 Uhr,** schriftlich und versiegelt, und mit der Bezeichnung **Pfäferarbeit in Neubor** betreffend, bei dieser Stelle einzureichen, wo auch die Lieferungsbedingungen bis dahin eingesehen werden können. Bruchsal, den 14. Juni 1865. Großh. Wasser- und Straßenbau-Inspektion. **J. Eichenlohr.**

Pr. 523. Karlsruhe. **Brennholz-Lieferung.** Die Lieferung des Brennholzes des hiesigen **Lyceums** von 36 bis 40 Kisten soll in **Alford** vergeben werden. Das Holz soll aus 4 Schub langen, gesunden, waldbuchenen Stammstücken vom Hieb des Winters 1864/65 bestehen, und sollen sich darunter keine Trümmer, Äste oder zu geringe, nachgespaltene Stücke befinden. — Die Lieferung hat kostenfrei an das Lyceum zu geschehen und findet hier die Aufmessung statt. Bewerber um diese Lieferung werden eingeladen, ihre Anerbieten und Preise bis zum **Montag den 26. Juni d. J., Vormittags 10 Uhr,** in verklossenen und frankirten Briefen, welche mit der Aufschrift **Brennholzlieferung** versehen sind, bei dieser Stelle einzureichen. Verwaltungsrath des Lyceums. Pr. 608. Nr. 690. Karlsruhe. **Versteigerung.** **Montag den 26. Juni, Vormittags 10 Uhr,** läßt Unterzeichnete in großh. Wälmühle gegen gleich baare Bezahlung versteigern: Ca. 3 Str. altes Messing, Gewichtshäute etc., 50 = altes Schmiedeeisen, zum Theil auch in Stieghäuten, Brärgingen und Stahlhäuten bestehend, und 35 = altes Gußeisen. Auch kann daselbst Einhalt von zwei verkäuflichen Münzpressen genommen werden; der Käufer der einen von Bronze, der andern von Schmiedeeisen. Karlsruhe, den 17. Juni 1865. Großh. Münzverwaltung. **Kachel.**

Pr. 607. Nr. 461. Philippsburg. (Holzversteigerung.) Bis **Montag den 26. dieses** werden im **Domänenwald III. Rheinshanzinsel** öffentlich versteigert, mit Zusammenkunft Morgens 9 Uhr auf der Rheinshanzinsel. Gegen: 1 1/2 Rthl. Rollholz, 37 1/2 Rthl. Brühl, 43 1/2 Rthl. Klappen und 61 Stück Eichenhänge, 11 Rooke Schlagsbaum, hierauf 19 Rooke Futtergras; Johann bis Dienstag den 27. dieses, Mittwoch 2 Uhr, in der Krone zu Hutenheim.

Pr. 533. Nr. 14515. Karlsruhe. (Defensivliche Warnung.) Der **Maria Josefa Walpurga Adelheid Walter** von Jetteten ist ein Interimsherr der **Münzener Versorgungsanstalt** im Großherzogthum Baden vom Jahr 1836 über eine zu Gunsten der Benannten von dem verstorbenen **J. G. Walter** zu **Pfullendorf** gemachte Einlage von zwanzig Gulden verloren gegangen. Es wird von dem Erwerbe dieser Urkunde gewarnt. Karlsruhe, den 16. Juni 1865. Großh. bad. Amtsgericht. **v. Vincenzi.**

in Dst. I. Mohau 10 Rooke Futtergras, — IV Elisabethwürth 50 Rooke dte. Philippsburg, den 17. Juni 1865. Großh. bad. Bezirksforstrei. **Sere.**

Pr. 571. Siegelhausen. (Holzversteigerung.) Aus dem **Domänenwald Kallfofenberg** versteigert wir **Montag den 26. Juni** 83 Gebund eichene Spiegelrinde, 40 weiß geringe Eichenrinde, 130 Stück birchene Wagnerhänge; 8 Rthl. Buchene, 22 Rthl. eichene, 16 Rthl. birchene Prügelholz; 6 1/2 Rthl. eichenes Klobholz und 24,150 Stück gemischte Wälen. Die Verhandlung findet auf dem Rathhause dahier statt und beginnt früh 9 Uhr. Siegelhausen, den 16. Juni 1865. Großh. bad. Bezirksforstrei. **Spillich.**

Pr. 573. Nr. 6055. Staufen. (Auswanderung.) **Reyher Anton Reiterer** und dessen Ehefrau, geb. **Reyher**, von **Heiterbach** beabsichtigen, nach **Nordamerika** auszuwandern. Wir haben daher Tagfahrt zur **Schuldenliquidation** auf **Samstag den 24. d. Mts., Vormittags 9 Uhr,** in der diesseitigen Amtskanzlei anberaumt, und werden die etwaigen Gläubiger der Benannten aufgefordert, ihre Ansprüche an diese letzteren in der Tagfahrt anzumelden, widrigenfalls der Reiterer verabsichtigt werden würde. Staufen, den 14. Juni 1865. Großh. bad. Bezirksamt. **Hippmann.**

Pr. 34. Nr. 9645. Bruchsal. (Schuldenliquidation.) Der **Leibge Jakob Martin Sebastian** von **Oberwiesheim** will nach **Amerika** auswandern. Etwaige Ansprüche an denselben sind **Mittwoch den 21. d. Mts., Vorm. 9 Uhr,** dahier anzumelden. Bruchsal, den 10. Juni 1865. Großh. bad. Bezirksamt. **Leiber.**

Pr. 600. Nr. 4875. Ettlingen. (Gläubigeraufforderung.) Die **Geschwister Karl und Karolina Kromer** von **Ettlingen** beabsichtigen nach **Nordamerika** auszuwandern. Etwaige Forderungen sind am **Montag den 26. Juni l. J., früh 11 Uhr,** dahier anzumelden. Ettlingen, den 16. Juni 1865. Großh. bad. Bezirksamt. **Ruth.**

Pr. 498. Nr. 6712. Fabr. (Aufforderung und Forderung.) **Joseph Feist** von **Oberwiesheim**, Soldat im 2. Infanterieregiment, hat sich unerlaubt von seiner Heimath entfernt, und ist sein Aufenthalt unbekannt. Derselbe wird aufgefordert, sich binnen 14 Tagen bei dieser Stelle oder seinem Regimentskommando zu stellen, widrigenfalls die Einleitung des gerichtlichen Strafverfahrens wegen Desertion gegen ihn beantragt und er des Staats- und Ortsbürgerrechts verlustig erklärt würde. Zugleich wird sein Vermögen mit Beschlagnahme und in Forderung auf denselben begeben. Fabr., den 11. Juni 1865. Großh. bad. Bezirksamt. **G. C. Car.**

Pr. 501. Nr. 15289. Freiburg. (Bekanntmachung.) In **Gundelfingen** wurde am **Mittwoch den 14. d. Mts.** des **Alten** ein Mann, dessen Personalbescheid wir unten beifügen, aufgegriffen, welcher keine Ausweisurkunden besitzt und der Art nicht sicher ist, daß wir von ihm über seine persönlichen Verhältnisse und seine Heimath nichts in Erfahrung bringen können. Indem wir beifügen, daß in einem bei demselben gefundenen Gebirgsbuch der Name **„Ulrich Karner“** eingetragener ist, ersuchen wir um baldige Auskunft. Personalschreib. Alter, circa 40 Jahre. Größe, 5 1/2. Natur, flach. Haare, braun (kurzgeschneitten). Stirne, gewölbt. Augen, braun (stiefeliegend). Nase, stumpf. Mund, groß. Kinn, breit. Bart, braun (kurzgeschneitten, sog. Wolfbart). Gesicht, länglich. Farbe, gelblich. Haare, vollköpfig. Kennzeichen, keine. Kleidung, blauer Luchsch mit Hornknöpfen, auf dem weißen Futter des linken Fuchschügels befindet sich die Zahl 60 621, auf dem rechten etwas Ähnliches, jedoch nicht mehr lesbar, graue Sommerweste mit zwei Reihen Perlmutterknöpfen, graue, baumwollene, etwas abgetragene Hosen; Schmittschuhe, ohne Sohlen, baumwollenes Hemd und ein großes, wolles, schwarzes Halstuch, schwarzer Filzhat ohne Futter. Freiburg, den 16. Juni 1865. Großh. bad. Bezirksamt. **Gruher.**

Pr. 533. Nr. 14515. Karlsruhe. (Defensivliche Warnung.) Der **Maria Josefa Walpurga Adelheid Walter** von **Jetteten** ist ein Interimsherr der **Münzener Versorgungsanstalt** im Großherzogthum Baden vom Jahr 1836 über eine zu Gunsten der Benannten von dem verstorbenen **J. G. Walter** zu **Pfullendorf** gemachte Einlage von zwanzig Gulden verloren gegangen. Es wird von dem Erwerbe dieser Urkunde gewarnt. Karlsruhe, den 16. Juni 1865. Großh. bad. Amtsgericht. **v. Vincenzi.**

Pr. 583. Ludwigshafen am See. (Erledigte Gehilfenstelle.) Die **Stelle eines zweiten Gehilfen** dieser Stelle mit einem jährlichen Gehalt von 400 fl. ist erledigt, und soll bis 1. oder 15. September l. J. wieder besetzt werden. Bewerber wollen sich in **Wäde** unter Anschlag ihrer Zeugnisse melden. Ludwigshafen am See, den 14. Juni 1865. Großh. Oberinspektori. **Drescher.**